



Eingangsstempel/Datum Ausländerbehörde:

Antrag auf Erteilung bzw. Verlängerung eines Aufenthaltstitels - Aufenthaltsgesetz (AufenthG)

(Bitte handschriftlich ausfüllen)

1 in Form einer			
☐ Aufenthaltserlaubnis	☐ Blaue Karte EU		
☐ Niederlassungserlaubnis	☐ ICT Karte		
☐ Erlaubnis zum Daueraufenthalt - EU	☐ Mobiler ICT-Karte		
1.1 Zweck des Aufenthalts			
☐ Familiennachzug	☐ Sprachkurs	☐ Schulbesuch	
☐ Studium	☐ Völkerrechtliche, humanitäre, politische Gründe		
☐ Ausbildung	☐ Beschäftigung	☐ Selbstständige Tätigkeit	
☐ Arbeitsplatz-/Ausbildungsplatzsuche			
Arbeitgeber, Ausbildungsstätte, Schule, Sprachinstitut usw. - Name und Anschrift			
1.2 Beabsichtigte Dauer des Aufenthalts			
☐ Jahr/Jahre	☐ Monat/Monate		
1.3 Einreise in das Bundesgebiet			
☐ von Geburt an	☐ Eingereist am:		
☐ mit Visum der Auslandsvertretung		Gültig bis:	

2 Angaben zur Person			
Name, Vorname			
Geburtsname			
Geburtsdatum		Geburtsort	
Anschrift	Straße/Haus-Nr.		
	PLZ	Ort	
Kontakt	Telefon*	E-Mail*	
* freiwillige Angaben, zur besseren Erreichbarkeit, können jederzeit widerrufen werden			
Geschlecht	☐ weiblich	☐ männlich	☐ divers
Augenfarbe		Körpergröße in cm	
Staatsangehörigkeit/en		frühere	
Familienstand	☐ ledig	☐ verheiratet	
	☐ geschieden	☐ getrennt lebend	
	☐ verpartnert am	☐ verwitwet am:	

Letzter Wohnort im Herkunftsland Straße/Haus-Nr. / PLZ/ Ort			
Staat		wird beibehalten?	☐ ja ☐ nein
Ausweispaniere (Pass/Reisedokument) Genaue Bezeichnung			
Ausstellender Staat			
Seriennummer			
Gültig von		Gültig bis	
eingetragen	☐ bei der Mutter	☐ bei dem Vater	
Frühere An- schrift	von	bis	
	in		
2.1 Angaben zur Sicherung des Unterhaltes			
Ist Ihr Lebensun- terhalt gesichert?	☐ ja ☐ nein	Höhe der Einkünfte	€
Art der Einkünfte			
Beziehen Sie oder eine andere unterhaltspflichtige Person Sozialleistun- gen?		☐ ja ☐ nein	
Wer? (Familiennamen und Art der Leistung)			
2.2 Krankenversicherungsschutz			
Sind Sie in einer deutschen Krankenkasse versichert?		☐ ja ☐ nein	
Name der Krankenkasse			
2.3 Beschäftigung/Erwerbstätigkeit			
Beabsichtigte Erwerbstätigkeit/ Beschäftigung			
Fachrichtung für Aufnahme eines Studiums/ Ausbildung			
Name und Anschrift des Arbeitge- bers/ Bezeichnung der Ausbil- dungsstätte			
2.4 Integrationskurs gem. § 43 AufenthG			
Verfügen Sie über deutsche Sprachkenntnisse?	☐ ja ☐ nein	Erworben durch	
2.5 Rechtsverstöße/Straftaten			
Haben Sie in der Vergangenheit Straftaten begangen?	☐ ja ☐ nein	Wo wurde der Rechts- verstoß begangen?	☐ Deutschland ☐ Ausland
Grund, Art und Höhe der Strafe, laufende Ermittlungen			

3 Ehegatte/Ehegattin/Lebenspartner/Lebenspartnerin der/s Antragsteller/s/in	
Name, Vorname	
Geburtsname	

Geburtsdatum			Geburtsort		
Geschlecht	☐ weiblich	☐ männlich	☐ divers		
Staatsangehörig-keit/en			frühere		
Letzter Wohnort im Herkunftsland Straße/Haus-Nr. / PLZ/ Ort					
Staat			wird beibehalten?	☐ ja	☐ nein

4 Angaben zu Kindern (im In - Ausland; alle ehelichen/nicht ehelichen; auch Adoptivkinder)
 Sollten auch Kinder Antragsteller/innen sein, ist für jedes Kind ein Antrag zu stellen!

Name, Vorname	Geburts- datum	Geburts- ort	Geschlecht	Staatsangehörig- keit/en	Genaue Wohnanschrift
			☐ weiblich		
			☐ männlich		
			☐ divers		
			☐ weiblich		
			☐ männlich		
			☐ divers		
			☐ weiblich		
			☐ männlich		
			☐ divers		
			☐ weiblich		
			☐ männlich		
			☐ divers		
			☐ weiblich		
			☐ männlich		
			☐ divers		
			☐ weiblich		
			☐ männlich		
			☐ divers		

5 Erklärung/Belehrung/Versicherung

Ich erkläre,
dass

- ☐ ich niemals aus dem Bundesgebiet ausgewiesen, zurückgeschoben, abgeschoben oder mir die Einreise in das Bundesgebiet oder in einen anderen Staat des Schengener Abkommens verweigert worden ist.
- ☐ ich die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland nicht gefährde; ich keiner Vereinigung angehöre oder angehört habe, die den Terrorismus unterstützt und keine derartige Verbindung unterstütze oder unterstützt habe und ich keine in § 89a Absatz 1 des Strafgesetzbuches bezeichnete schwere staatsgefährdende Gewalttat nach § 89a Absatz 2 des Strafgesetzbuches vorbereite oder vorbereitet habe.
- ☐ ich mich zur Verfolgung politischer oder religiöser Ziele nicht an Gewalttätigkeiten beteilige/ beteiligt habe oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufrufe/aufgerufen habe oder damit drohe/gedroht habe.

Belehrung

§ 54 Abs. 2 Nr. 8 bestimmt, dass das Ausweisungsinteresse im Sinne von § 53 Aufenthaltsgesetz schwer wiegt, wenn ein Ausländer/ eine Ausländerin in einem Verwaltungsverfahren, das von Behörden eines Schengen-Staates durchgeführt wurde, im In- und Ausland falsche oder unvollständige Angaben zur Erlangung eines deutschen Aufenthaltstitel gemacht hat. Der Antragsteller/ die Antragstellerin ist verpflichtet, alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen zu machen. Sofern Angaben bewusst falsch oder unvollständig gemacht wurden, kann dies zur Folge haben, dass der Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels abgelehnt wird bzw. der Antragsteller/ die Antragstellerin aus Deutschland ausgewiesen werden wird, sofern ein Aufenthaltstitel bereits erteilt wurde. Durch die Unterschrift bestätigt der Antragsteller/ die Antragstellerin, dass er/ sie über die Rechtsfolgenfalscher oder unvollständiger Angaben im Antragsverfahren belehrt worden ist.

Ich versichere	Vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht zu haben. Falsche oder unvollständige Angaben können den Entzug der Aufenthaltserlaubnis zur Folge haben. Außerdem kann Strafanzeige gestellt werden.
----------------	---

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller/-in (ggf. gesetzliche/r Vertreter/in)

Information gemäß Art. 13/14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung DSGVO

Prüfung des Anspruchs auf Erteilung bzw. Verlängerung eines Aufenthaltstitels.

Verantwortlichkeit	
Landkreis Vorpommern-Rügen, Der Landrat, Carl-Heydemann-Ring 67, 18437 Stralsund Telefon: 03831 / 357-1000, E-Mail: poststelle@lk-vr.de Fachdienst: Ausländer- und Asylrecht Fachgebiet: Ausländerangelegenheiten	
Datenschutzbeauftragte/r	
Kati Bischoff Büro des Landrates und des Kreistages Carl-Heydemann-Ring 67 18437 Stralsund	Telefon: 03831/357-1231 E-Mail: datenschutz@lk-vr.de
Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung	
Zweck:	Prüfung des Anspruchs auf Erteilung bzw. Verlängerung eines Aufenthaltstitels
Rechtsgrundlagen:	§ 7; § 104c; § 16g; § 18g; § 16a Abs. 1,2; § 16b Abs. 1,5,7; § 16d; Abs. 1,3,4,5; § 16e Abs. 1; § 16f Abs. 1, 2; § 17 Abs. 1, 2; § 18a; § 18b; § 18d Abs.1,6; § 18f Abs.1; § 19 Abs. 1; § 19b Abs. 1; § 19c Abs. 1-4; § 19d 1 und 1a; § 19e; § 20 Abs. 1-3; §20a; § 21 Abs. 1,2,2a,5; § 22 Satz 1 und 2, § 23 Abs. 1,2,4; § 23a; § 24; § 25 Abs. 1-5; § 28 Abs. 1,2,4; § 29 Abs. 1-5; § 30; § 31 Abs.1,2,4; § 32 Abs. 1,4; § 33; § 34 Abs. 1,2; § 36 Abs. 1,2; § 36a Abs. 1; § 37 Abs. 1,5; § 38 Abs. 1; § 38a und § 4 Abs. 2,5; § 7 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz § 9; § 19a; § 26 Abs. 3 und 4; § 28 Abs. 2 und 35 AufenthG
Herkunft der Daten	
Betroffene Person bzw. Sorgeberechtigte,	
Empfänger der Daten	
Landkreis Vorpommern-Rügen, Notwendig Dritte zur Aufgabenerfüllung	
Folgen bei Nichtbereitstellung der Daten durch die betroffene Person	
Keine Auftragsbearbeitung möglich	
Speicherdauer, bzw. die Kriterien für die Festlegung der Dauer:	
Frist für Löschung	Art der Informationen
5 Jahre nach Übernahme der Daten in die B-Datei	Alle Daten nach §§ 62 ff. AufenthV bei Erlangung der Rechtsstellung als Deutscher nach Artikel 116 Grundgesetz; sowie bei Tod des Betroffenen
Wenn der Ausländer nicht innerhalb von 2 Jahren nach Ablauf der Geltungsdauer der Zustimmung eingereist ist.	Daten, die nur aus Anlass der Zustimmung der Visumserteilung aufgenommen wurde
10 Jahre nach Ablauf der in § 11 Abs. 1 S.3 AufenthG bezeichneten Frist. Sie sind vor diesem Zeitpunkt zu löschen, soweit sie Erkenntnisse enthalten, die nach anderen gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr gegen den Ausländer verwertet werden dürfen.	Bei Ausweisung, Zurückschiebung, Abschiebung ist B-Datei zu löschen, wenn Unterlagen über die Ausweisung und die Abschiebung nach § 91 Abs. 1 AufenthG zu vernichten sind; sowie im Übrigen
sofort	nach Einbürgerung
Betroffenenrechte	
Auf Ihre Rechte zu Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Datenübertragbarkeit und Widerspruch bezüglich aller Ihrer verarbeiteten personenbezogenen Daten weisen wir Sie an dieser Stelle ausdrücklich hin. Rechtsgrundlagen hierfür sind die Art. 15 bis 21 DS-GVO. Beruht die Verarbeitung personenbezogener Daten auf Ihrer Einwilligung, können Sie diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Sie haben das Recht, Beschwerden beim Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Mecklenburg- Vorpommern zu erheben: Postanschrift: Schloss Schwerin, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin, Tel.: 0385 / 59494-0 oder E-Mail: info@datenschutz-mv.de .	